

Herr Dr. Sarikaya berichtete, dass sich die Mobilität von Flüchtlingen in unserem Landkreis sehr unübersichtlich darstelle. Jede Kommune suche eigenständig nach Standorten zur Unterbringung von Flüchtlingen. Es gäbe weder eine zentrale Erfassung noch Aussagen über deren Entwicklung. Somit könne auch keine Konzeption für einen Bedarf erstellt werden.

Grundlage für eine Beförderung bilde das Asylbewerberleistungsgesetz. Danach werde die Beförderung von Flüchtlingen nicht gesondert finanziert, sondern sei in der allgemeinen Pauschale enthalten, die Flüchtlinge nach diesem Gesetz erhalten.

Der VRS biete Hilfestellung für die Nutzung des ÖPNV, indem er notwendige Informationen in mehreren Sprachen ausbebe. Im Übrigen gäbe es keine Unterscheidung zwischen normalen Bürgern und Flüchtlingen; alle seien Fahrgäste.

Nach seinen Erkenntnissen seien ihm zurzeit keine Probleme im Rhein-Sieg-Kreis bekannt. Anfänglich erfolgten vereinzelt Hinweise, denen nachgegangen wurde. Es habe sich jedoch kein erhöhter Bedarf entwickelt. Zuletzt habe Herr Landrat Schuster beim Treffen mit den Hauptverwaltungsbeamten am 18.02.2016 die Mobilität von Flüchtlingen thematisiert.

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, merkte an, dass jeder Hilfestellung leisten könne. In der Gemeinde Wachtberg sei angeregt worden, einen Bustransfer für Flüchtlinge einzurichten. Er habe die Beteiligten davon überzeugen können, den Flüchtlingen den bestehenden ÖPNV zu erklären, so dass ein zusätzlicher teurer Bustransfer nicht gebraucht werde.

SkB Kurth fragte, ob die Flüchtlinge ein Ticket kaufen müssen und wer dies bezahle.

Herr Dr. Sarikaya erwiderte hierzu, dass die Flüchtlinge ihre Tickets von ihrer vorgenannten Pauschale kaufen müssen. Allerdings seien Sie als Asylsuchende berechtigt, einen Mobilausweis zu erwerben und hätten damit Anspruch auf verbilligte Fahrausweise.

Abschließend erklärte Herr Dr. Sarikaya, wenn Probleme bekannt würden oder eine erhöhte Kapazität nachgefragt würde, werde die Verwaltung reagieren.

Abg. Tandler bedankte sich für diese Ausführungen. Er fügte hinzu, dass es ihm ein großes Anliegen sei, dass dieses Thema auch in Verwaltungskonferenz mit Landrat und Bürgermeister erörtert worden sei.